

# Bildung – in Kleinstaaten oder einheitlich?



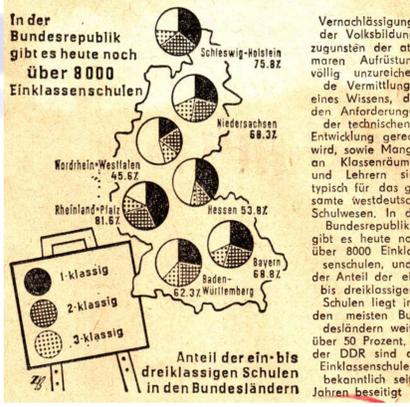
Das Grundgesetz der BRD legt im April 1949 Kulturföderalismus als Prinzip für das Schulwesen fest. Es bestimmt lediglich die Aufsicht des Staates über das Schulwesen, ermöglicht Erziehungsberechtigten, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden und lässt private Schulen zu. Bildungspolitische Prinzipien und Strukturen des Bildungswesens obliegen den Ländern und sind geprägt von unterschiedlichen Interessenverbänden und Parteien. Zu einer Grundsatzgesetzgebung in Schullangelegenheiten, wie in der Weimarer Verfassung vorgesehen, kommt es nicht. Eine sozialwissenschaftlich begründete bildungspolitische Strategie konnte sich gesamtstaatlich so in der BRD nie herausbilden.

Kindergärten liegen in der BRD seit Anbeginn in kirchlicher oder kommunaler Trägerschaft, sie gelten als Fürsorgeeinrichtung und fallen in die Zuständigkeit von Sozialministerien. Als Vorschuleinrichtung bilden sie keine Vorstufe des Bildungswesens.

## Bildungsniveau ist alarmierend

In Nordrhein-Westfalen gehen fast 70 Prozent der Kinder eines Geburtsjahrganges nur durch eine achtjährige Volksschule. In Düsseldorf erreichen von 100 Schülern, die die Volksschule verlassen, nur rund 75 die oberste Klasse. Weniger als 8 Prozent aller Kinder eines Geburtsjahrganges in NRW, des größten und industrialisiertesten Bundeslandes, erlangen den Abschluß einer Realschule. Das ist weniger als der Bundesdurchschnitt von 9,2 Prozent. In Hamburg verlassen dagegen 16 Prozent, in Hessen 15 Prozent, in Niedersachsen über 12 Prozent und in Schleswig-Holstein sogar 22 Prozent die Realschule mit Erfolg.

## Bildungsnotstand in Westdeutschland



Aus „Junge Welt“ 28.01.1965

## Wird Bundesrepublik abgehängt?

Bonn (ADN/ND). „Wir laufen Gefahr, im Wettbewerb in Wissenschaft und Bildung abgehängt zu werden.“ Zu diesem Schluß gelangt der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Lohmar, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik, in einem Interview über das Jugendgesetz und die Neugestaltung des einheitlichen Bildungssystems in der DDR. Während die Führung der SED „eine gewaltige Anstrengung in Wissenschaft und Bildung“ unternehme, verharre die Bundesrepublik in einem katastrophalen Bildungsnotstand. „Die Führung der SED geht von den Gegebenheiten aus, die sich bis zum Jahre 2000 als Folge der technologischen Entwicklung vermutlich entwickeln werden“, konstatiert der Abgeordnete. „Die Maßnahmen sollten ernst genommen werden, denn es handelt sich dabei keineswegs nur um Propaganda. Die materiellen Voraussetzungen, die begabte und eifrige Schüler und Studenten erhalten, sind ausreichend, die Stipendien großzügig.“ Weiter sprach Dr. Lohmar von den in der DDR angestrebten „beachtlichen Leistungen in Ausbildung und Forschung“. Denen habe die Bundesrepublik – so behauptete Dr. Lohmar ein übriges Mal – allerdings „mehr Freiheit“ entgegenzusetzen. Im westdeutschen Bildungswesen herrschten „drei große Notstände“: „Wir brauchen weit mehr als 300 000 neue Lehrer, und wir müssen die Zahl unserer Abiturienten verdoppeln. . . . schließlich müssen wir unser ländliches Schulwesen durchgreifend modernisieren. Daß die Zahl solcher Zwergschulen sich in manchen Ländern der Bundesrepublik in den letzten Jahren vervielfacht hat, ist schlechthin unverständlich.“ Der Bundestag habe kürzlich über diese Fragen stundenlang debattiert, Konsequenzen seien aber nicht gezogen worden. „Eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik aus einem Guß ist bis auf weiteres unmöglich.“

Aus „Neues Deutschland“ 17.05.1964

Schulpflicht bestand seit den 1820er Jahren in allen deutschen Ländern unter Aufsicht des Staates. Die Analphabetenquote war gegen Ende des Jahrhunderts nur noch gering und zum Ende der Kaiserzeit war der Zugang zu höheren Schulen auch für Mädchen erkämpft. Mit der Novemberrevolution 1918 wäre eine einheitliche Reichsschulgesetzgebung möglich gewesen – hätte die Revolution gesiegt. So aber blieb die Kulturhoheit der Bundesstaaten in der Weimarer Republik unangetastet und 18 Länder hatten ihr eigenes Schulrecht, ihre eigene zentrale Schulverwaltung, ihre eigene Schulpolitik. Immerhin entfiel die vormalige kirchliche Volksschulaufsicht, nicht aber die Trennung von Kirche und Schule. 1934 übernahm das faschistische Reichsinnenministerium Teile der Schulhoheit der Länder und begann mit einer Zentralisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens. Das rassistisch-chauvinistische Konzept der „völkischen Erziehung“ verdrängte das Erziehungssystem der Weimarer Republik.

Nach der Befreiung vom Faschismus ist Bildungspolitik grundsätzlich an die vier Militärregierungen gebunden. Von den US-Amerikanern eingebracht und Konsens: Das deutsche Erziehungswesen ist so zu überwinden, dass „die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Idee möglich gemacht wird.“ Noch 1947 wird durch die Alliierten ein einheitliches Schul-Stufenmodell für alle Zonen angestrebt. Zunächst kehren alle Besatzungszonen zum Bildungsmodell der Weimarer Republik zurück. Für die Westzonen bleibt so der Zusammenhang von Schultyp und Sozialschicht klar erhalten. In der Ostzone wird eine Schulpolitik verfolgt, die diese Tradition alsbald zu überwinden trachtet. Die Wege trennen sich.

In der DDR-Verfassung wird im Oktober 1949 zuvorderst bestimmt, dass jeder Bürger das gleiche Recht auf Bildung hat, die durch öffentliche Einrichtungen gesichert wird und deren Grundsatzbestimmungen durch die Republik gesetzlich einheitlich geregelt werden. Die Durchführung des öffentlichen Schulunterrichts obliegt den Ländern. Die allgemeine Schulpflicht legt die Verfassung bis zum 18. Lebensjahr fest und auch, dass der Bildungsgang der Jugend nicht abhängig sein darf von der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Elternhauses. Es besteht Schulgeldfreiheit, Lernmittel sind unentgeltlich. Religionsunterricht ist Angelegenheit der Religionsgemeinschaften. Die Gründung von Privatschulen hatte die sowjetische Besatzungsmacht bereits 1945 verboten.

In der Sowjetischen Besatzungszone beginnt im Mai 1946 mit dem „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ ein Umgestaltungsprozess, der bis in die 60er Jahre eine obligatorische, achtjährige gemeinsame Grundschule entstehen lässt, eine Landschulreform auf den Weg bringt, die zur Auflösung der Einklassenschule führt und erste Betriebsberufsschulen, die betriebliche und schulische Ausbildung verbinden, begründet. Zur Brechung des tradierten Bildungsmonopols entstehen Arbeiter- und Bauernfakultäten, ABF. Sie ermöglichen ohne Abitur den Zugang zu höherer Bildung an Universitäten.

In der DDR wird der Ausbau der Vorschuleinrichtungen seit Mitte der 50er Jahre forciert. Mitte der 70er Jahre steht für jedes Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung und der Hort schafft für die ersten 4 Klassen einen Übergang von der Ganztagsbetreuung in den Kindergärten zum Schullalltag. Umfassende, unentgeltliche Leistungen von Staat, Kommune und Betrieben stehen für die Ferien- und Freizeitbetreuung der Kinder und Jugendlichen bereit. Bildungspolitischer Schwerpunkt ist der gesamtstaatliche Ausbau der Grundschule in der DDR. Das Niveau des Unterrichtskonzepts hält sich an die Fachwissenschaften und hat ein ähnlich strenges Reglement wie vordem an höheren Schulen. Die achtjährige gemeinsame Grundschulzeit mit einem breiten und relativ hochstehenden Bildungsangebot lässt Begabungen feststellen. Ein weit ausgefächertes Angebot an Arbeitsgemeinschaften macht Schulspezialisierung entbehrlich. Der 1958 eingeführte Unterrichtstag in der Produktion (UTP) und das folgende Konzept polytechnischer Bildung verbindet Schul- und Arbeitswelt in international beachteter Weise, wie auch das Novum in deutscher Bildungsgeschichte, die dreijährige Berufsausbildung mit Abitur ab 1959. Ende der 70er Jahre sind die zehnklassige polytechnische Oberschule, geringe Klassenstärken, wohnortnahe Schulen ohne Stundenausfall und praxisnahe schulfestbezogene Lehrerausbildung durchgehend erreicht.

## FDP-Abgeordnete von DDR-Schulwesen begeistert

Begeistert vom Schulwesen der DDR, kehrte die bekannte Bildungs-Politikerin der FDP und Landtagsabgeordnete Dr. Hildegard Hamm-Brücher von einer Reise durch die DDR nach München zurück. In einem Interview mit der Münchner „Abendzeitung“ schildert sie ihre wesentlichen Eindrücke. „Ich habe mit mehreren Herren des Volksbildungsministeriums gesprochen und – was besonders interessant war – vom Pädagogischen Zentralinstitut. Alle Schulreformideen werden dort ausgearbeitet und an zugehörigen Versuchsschulen jahrelang erprobt – neue Schulbücher, neuartige Lernmittel, neue Lehrpläne und Lehrmethoden etwa –, die Ergebnisse gehen wieder an das Institut zurück und werden dort nochmals genau untersucht und überprüft, ehe davon etwas in der Praxis eingeführt wird. Außerdem habe ich mir vom Kindergarten bis zur Pädagogischen Hochschule jede mögliche Schulreform angesehen, u.a. auch eine gut organisierte ländliche Mittelpunktschule und eine Ausbildungsabteilung in einem Großbetrieb. Ich finde diese Abteilungen als eine neue Form des zweiten Bildungsweges ganz hervorragend. Die großen Industriekombinate, in denen der gesamte Fertigungsprozess eines Industrieproduktes abläuft, haben in der DDR seit drei Jahren einen sehr fragten Schultyp für Jugendliche eingerichtet, die 10 Klassen der Allgemeinbildenden Schule besuchten und nun einen modernen technischen Industrieberuf erlernen.“

Aus „Die Wirtschaft“ 27.05.1965

Aus „Neues Deutschland“ 04.11.1964

## Das Bildungsproblem und seine Lösung im andern Teil Deutschlands

# Blickt man ‚drüben‘ weiter?

Beachtlicher Vorsprung durch die Einführung der zehnklassigen Normalschule – Schaffung eines Reservoirs – Radikaler Neubeginn – Wandel der Methoden – Ein Bericht von Alfred G. Wagner

„Drüben“ hat man nach allgemeiner Ansicht in der Schulausbildung durch die allgemeine Einführung der zehnklassigen Normalschule vor der Bundesrepublik einen Vorsprung erreicht. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in Köln kommentiert das neue Bildungsgesetz der DDR folgendermaßen: „Es handelt sich um ein einheitliches, übersichtlich gegliedertes und zweifellos auch den Erfordernissen einer Industriegesellschaft durchaus angepaßtes Bildungssystem.“ Es sei um so bemerkenswerter, als es zu einem Zeitpunkt (Ende Februar 1965) in Kraft trat, „der in der Bundesrepublik durch eine kaum noch zu überbietende Konfusion im Bildungs- und Berufsausbildungswesen gekennzeichnet ist“. In der Bundesrepublik beenden vier Fünftel der jungen Menschen ihre Schul-

Aus „Nürnberger Nachrichten“ 31.07.1965

In der BRD nehmen in den 50er Jahren mit geburtenstarken Jahrgängen die Bildungsnachfrage und so der Reformstau zu. Mit der Schließung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten durch die DDR versiegt der Zustrom ostdeutscher Fachkräfte, mit denen in der BRD bereits regelmäßig kalkuliert wird. Allgemein entsteht in der BRD in diesen Jahren die Sorge, das Bildungswesen könnte den industriegesellschaftlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen sein. Gegen volkstümliche Bildung beginnen sich wissenschaftliche Bildungsinhalte durchzusetzen. Das Fach Arbeitslehre wird eingeführt, die Konfessionalität im staatlichen Bildungswesen aufgegeben und die Akademisierung der Lehrerbildung mit dem Anschluss an Universitäten befördert.

## Bildungsnotstand

Von JÜRGEN SCHMÄDEKE  
Die Studenten haben sich Sammelgeblasen. Wie ein Fanfarenstoß sollen ihre Demonstrationen und Kundgebungen in 41 Städten den bundesdeutschen Bildungspolitikern in die Ohren fahren, die nicht daran denken, daß der Wurm des „Bildungsnotstandes“ bereits an den Wurzeln unseres Wohlstandsgebäudes nagt. Vor allem aber soll dieser Appell sich an die Politiker in Bund und Ländern, in den Parlamenten und Regierungen, an die Wissenschafts- und Bildungsplaner richten.

Aus „Der Kurier“ 01.07.1966



ÜBER HUNDERT JAHRE ALT ist diese Zwergschule in Birk, Landkreis Bayreuth: Schüler aller acht Klassen lernen und arbeiten in einem einzigen Klassenzimmer. Foto: ZB / „Quick“-Repro

Aus „Neue Zeit“ 21.05.1968

Die neue Schule entwickelt die Fähigkeit, eigenständig zu denken. Lernen zu lernen. Kritisch zu sein. Sich nicht bevormunden zu lassen. Das alles kann recht gefährlich werden. Für die CDU. Die hat's schon immer mit denen gehalten, die sie für dumm hält. Und mit den Reichen und Superreichen. Die einen sollten nicht wissen, daß etwas verändert werden kann. Die anderen wollten nicht, daß etwas verändert wird. Bei den Konservativen hat man die politische Verantwortung schon immer verwechselt mit der Verantwortung für die Brieftaschen. Das geht aber nur so lange gut, wie man das Spiel nicht durchschaut. Mit der neuen Schule ist das vorbei.

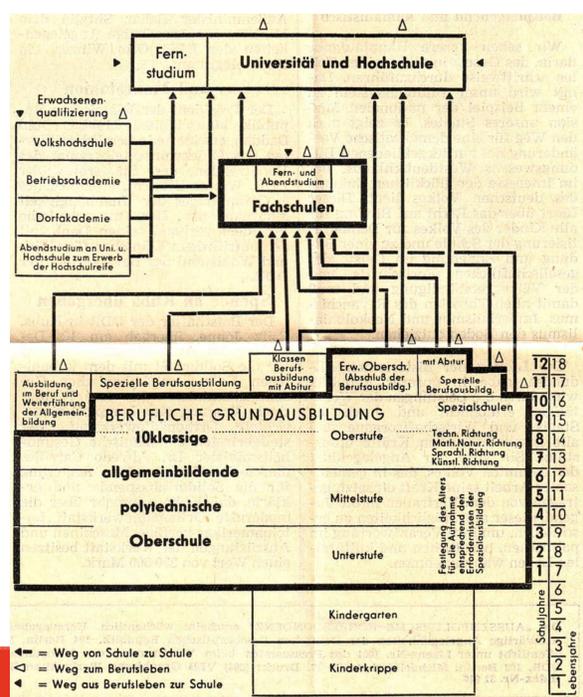
Anzeige aus „Frankfurter Rundschau“ 04.03.1972

ausbildung nach acht- bis neunjähriger Volksschulzeit. Nur sechs Prozent besuchen eine zehnjährige Mittelschule. In der Sowjetzone jedoch erhalten bereits rund 85 Prozent aller Jugendlichen eine mindestens zehnjährige Schulausbildung. Selbst wenn man mit der Einbeziehung berufsbildender Fächer in die Schule nicht einverstanden ist, muß man zugeben, daß bei dieser Lage im Effekt in der Sowjetzone ein besserer Bildungsstand herauskommen wird als bei uns. „Drüben“ gibt es etwa viermal soviel Fachschulabsolventen und über 50 Prozent mehr Studenten an Hochschulen und Universitäten wie in der Bundesrepublik. In dem für die künftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung entscheidend wichtigen Bereich der Technik ist der Ausbildungsvorsprung der DDR noch größer.



Im Polytechnischen Zentrum Malchow montieren Schüler Sirenenhaltgeräte. Eine Ausbildungsgemeinschaft von elf Betrieben aus Industrie, Land- und Forstwirtschaft hat das Zentrum vor zwei Jahren eingerichtet. Foto: ZB/Bartocha

Aus „Neues Deutschland“ 15.02.1986



Aus „Außenpolitische Korrespondenz“ 23.12.1965

## CDU will herkömmliches Schulsystem auch in der DDR durchsetzen

Aus „Der Tagesspiegel“ 19.06.1990

Ein Neuaufbruch mit Bewahrenswertem aus beiden Systemen fand im Zuge beschleunigter Delegitimierung des Anschlusslandes nicht statt. Sehr viele Pädagogen wurden primär politisch motiviert und unter z.T. schikanösen Begleiterscheinungen aus dem Beruf gedrängt (Berufsverbot). Deutschland behielt seine Schul-Dreigliedrigkeit nebst Ungleichwertigkeit des Bildungsangebotes, mit sozialstatuszuweisender Funktion.

